



Auskunft erteilt:	Herr Karbach	Amt/EB:	01.01-Büro des Oberbürgermeisters
Tel.:	0261 129 1230	e-mail:	marco.karbach@stadt.koblenz.de
Koblenz,	08.06.2020		

## **Beschluss der öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 15.05.2020**

Amt 20

<b>Punkt 8:</b>	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE, CDU, SPD, WGS, FREIE WÄHLER, LINKE und FDP zur Resolution an Landes- und Bundesregierung zur Corona-Krise und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Vorlage: AT/0083/2020
-----------------	---

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Resolution des Koblenzer Stadtrates an Landes- und Bundesregierung zur Corona- Krise und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt

1. Der Koblenzer Stadtrat dankt in der aktuellen Corona-Krise allen Mitarbeiter/innen im Gesundheitsbereich, im Einzelhandel und im städtischen Bereich, die engagiert und auch mit hohem persönlichem Risiko Leistungen für die Allgemeinheit erbringen.
2. Solidarität, eine leistungs- und handlungsfähige Kommune, eine öffentliche Infrastruktur sind unabdingbare Voraussetzungen dafür, dass die jetzige Krise überwunden werden kann.
3. Der Koblenzer Stadtrat befürwortet Hilfen für Unternehmen und Einzelpersonen zur Überwindung der Corona-Krise.
4. Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz, auch die der Stadt Koblenz, wird sich durch notwendige Stundungen von Steuervorauszahlungen, wegbrechende Einnahmen und höhere Ausgaben für Sozialleistungen dramatisch verschärfen. Allein der Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen wird zu einer erheblichen Unterdeckung der kommunalen Haushalte führen.
5. Der Stadtrat begrüßt den Widerspruch der Verwaltung gegen die von der ADD per Haushaltsverfügung vom 25.03.2020 geforderten Einsparungen im freiwilligen Leistungsbereich.
6. Der Koblenzer Stadtrat fordert darüber hinaus Bund und Land auf, nicht nur einen Rettungsschirm für Unternehmen mit vielen Milliarden aufzuspannen, sondern auch die Kommunen entsprechend Ihren Aufgaben auszustatten. Denn „vor Ort“ wird die Lebensqualität von Menschen erlebt und entschieden. Land und Bund sind hier beim kommunalen Finanzausgleich oder durch Direkthilfen in der Pflicht.
7. Öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliche Einrichtungen wie Gesundheitsämter, Krankenhäuser und Sportstätten, kulturelle und soziale Einrichtungen sind unabdingbar, um allen Menschen ein den Werten des Grundgesetzes entsprechendes Leben zu ermöglichen. Systemrelevant sind neben der Wirtschaft (nicht nur Banken, sondern) auch die Städte und Gemeinden, das hat die aktuelle Corona-Krise mehr als deutlich gemacht.
8. Bund und Land müssen entsprechend handeln und auch den Kommunen finanziell helfen.
9. Der Stadtrat schließt sich dem Aktionsbündnis „Würde unserer Städte“ an.

**Der Stadtrat hat die Angelegenheit**

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen

weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt

einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen



**KOBLENZ**  
VERBINDET.